

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1,20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in H. N. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren genommen. Die sechsgeteilte Petitesseite kostet 15 Pfennig, die Reflektseite 30 Pfennig.

Amts-Bezirks-Anzeiger für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Lehnitz u. Umgegend

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Ausschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Amtliches Publikations-Organ für örtliche Bekanntmachungen und für Vereine
Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Ausschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Alleiniges amtliches Publikations-Organ mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder

No. 87.

Birkenwerder, Sonnabend, den 19. September 1908

7. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält das illustrierte Familienblatt Nr. 37, eine Beilage und 1 Prospekt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Diensträume der Gewerbeinspektion Nieder-Barnim Nord-West werden am 15. d. Mts. nach Berlin N. 58 Dänenstr. 111 verlegt.

Birkenwerder, den 15. September 1908.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Gegenstände werden die Mitglieder der Gemeinde-Vertretung zu einer Sitzung auf

Donnerstag, den 24. September d. Js., abends 8 Uhr im Sitzungszimmer bei Brandt („Hodensee“)

hiermit unter der Verwarnung eingeladen, daß die Ausbleibenden an die Beschlüsse der im Termin Anwesenden gebunden sind.

Gegenstände der Beratung und Beschlusfassung sind:

1. Neuwahl der beiden Amtsausschussmitglieder auf die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 31. Dezember 1914.
2. Erziehung eines Mitgliedes der Begehrkommission auf die Zeit bis 31. März 1911, an Stelle des verstorbenen Herrn Märker.
3. Erziehung eines Mitgliedes des Schulvorstandes auf die Zeit bis 31. März 1910 an Stelle des verstorbenen Herrn Märker.
4. Erhöhung der Nr. 1 Tit. II Kap. I des Haushaltsplans.
5. Einführung der Grundwertsteuer.
6. Erhöhung der Hundsteuer.
7. Ablösung der Rente auf dem früher Lindenbergschen Grundstück.
8. Ankauf des Entwässerungsgrabens auf dem Schuchart'schen Grundstück.
9. Herabgabe von Pflastermaterial für einen Teil der Hauptstraße (Mackow'sches Grundstück).
10. Mitteilungen.

Birkenwerder, den 14. September 1908.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Zu einer Besprechung über Anlegung eines Bauungsplanes für die am Müchberg und für die zwischen Gaussee, Fließ und Wensickendorfer Weg gelegenen Grundstücke werden die betreffenden Anlieger zu einer Versammlung auf

Dienstag, den 22. d. Mts., nachmittags 8 Uhr, im Restaurant „Gesellschaftshaus“ ergebenst eingeladen.
Birkenwerder, den 15. September 1908.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Gegenstände werden die Mitglieder der Gemeinde-Vertretung zu einer Sitzung auf

Dienstag, den 22. September d. Js., nachm. 6 Uhr in dem Gemeinde-Vorlesezimmer

hiermit unter der Verwarnung vorgeladen, daß die Ausbleibenden an die Beschlüsse der im Termin Anwesenden gebunden sind.

Gegenstände der Beratung und Beschlusfassung:

1. Förmliche Beschlusfassung über die Aufnahme eines Darlehens zur Pflasterung der Stolperstraße.
2. Antrag Baumann pp. auf Teilung des von der Gemeinde dem Privat-Schulverein zur Unterhaltung der hiesigen Familienschule gezahlten Zuschusses, an die nach dem 1. Oktober d. Js. hier bestehenden beiden Familienschulen.
3. Antrag Wiegand um Bauerlaubniserteilung an der Prinz Heinrichstraße.
4. Antrag des Lehrers Müller auf Festsetzung seiner Mietsensschädigung.

5. Erwerbung des von Lissau zur Bahnstraße abzutretenden Straßenlandes.
6. Verschiedenes.

Hohen-Neuendorf, den 18. September 1908.

Der Gemeindevorsteher. Wildberg.

Der Interparlamentarische Kongress

wurde am Donnerstagvormittag im Sitzungssaal des Reichs vom Prinzen Schönath-Carolath durch eine Ansprache eröffnet. Hierauf ergriff Fürst Bülow das Wort zu einer Begrüßungsrede, in der er die Versammelten im Namen der kaiserlichen Regierung willkommen hieß. Mit der zivilisierten Welt wüßte Deutschland die Dienste zu würdigen, die die Interparlamentarische Vereinigung einer eblen Sache leiste. Deutschland nehme lebhaften Anteil an den Fragen, die sie beschäftigen, besonders an der Schiedsgerichtsfrage. Unsere Mitwirkung sei im voraus für alle Vorschläge gewonnen, die mit den Interessen der rechtmäßigen Verteidigung, wie mit den unerjähren Gesetzen der Menschheit vereinbar seien. Der Reichstanzler schloß seine Ansprache:

Friedensliebe bedeutet nicht Mangel an Vaterlandsliebe. . . . Belehrt durch seine Geschichte, die ihm drei Jahrhunderte hindurch die härtesten Erfahrungen nicht erspart hat, will und muß Deutschland stark genug sein, um sein Gebiet, seine Würde und seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Es mißbraucht seine Kraft nicht und wird sie nicht mißbrauchen. Das deutsche Volk, das Frieden wünscht, einen auf Recht und Gerechtigkeit gegründeten Frieden, und das durch Bewahrung des Friedens während so vieler Jahre die Aufrichtigkeit seines Wunsches bewiesen hat, zollt Ihren Arbeiten Beifall. Ich weiß mich mit meinen Landsleuten einig, indem ich Ihnen sage: Mögen Ihre Arbeiten fruchtbar sein, mögen sie nutzbringend sein für alle Völker, deren Vertreter uns die große Freude und die große Ehre erwiesen haben, nach Berlin zu kommen.“
Lebhafte Beifall folgte den Worten des Kanzlers.

Der sozialdemokratische Parteitag

ist in den ersten Tagen ruhig und interesslos verlaufen. Zu beachtenswerten Aussprachen haben sich die Delegierten selbst über die strittige Maifeierfrage nicht aufgeschwungen, obwohl die Verhandlungen über diesen Gegenstand mit einer Niederlage des Parteivorstandes gendelt und die Partei mit der Gewerkschaftsbewegung in Gegensatz gebracht haben. Zwar würde der größte Teil der anwesenden Vorhänden der beiden sozialdemokratischen Organisationen getroffen und vom Gewerkschaftskongress bereits akzeptierten Vereinbarung angenommen; aber der Hauptpunkt, die Regelung der Unterführungsfrage, wurde abgelehnt und auf den Weg nochmaliger Verhandlungen mit der Generalkommission verwiesen. Somit ist die ganze Vereinbarung hinfällig und die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai als sozialdemokratischer Grundtag festgesetzt worden. Wie sich die maßerfahrenen Gewerkschaften damit abfinden, wird abzuwarten sein.

Im übrigen steht der Rührberger Parteitag vollständig im Bann der nunmehr zur Verhandlung gelangenden Budgetbewilligungsfrage. Der Parteivorstand hat eine Resolution vorgelegt, die an und für sich einen den Süddeutschen entgegenkommenden Eindruck macht, da sie keinen direkten Tadel für sie enthält. Aber die darin ausgesprochene Erklärung, daß die Budgetbewilligungen in Baden und Bayern mit der Resolutionen von Dresden und Lübeck nicht vereinbar seien, hat bei den süddeutschen „Genossen“ Mißfallen erregt, so daß sie erklärt haben, die ganze Resolution sei für sie unannehmbar. Nachdem am Mittwoch Bebel eine einfindige Philippika für die grundsätzliche Stellung der Partei und für die unveränderte Annahme der Resolution gehalten hatte, antwortete der Genosse Timm mit einer Rede von drei Stunden, an deren Schluß Timm eine Erklärung der bayerischen Budgetbewilliger verlas, daß sie sich einem ihnen nicht gefallenden Parteibeschluß nicht fügen, sondern dem Willen der Gesamtpartei Widerstand leisten würden, da sie als freie Männer sich nicht einem Terror von außen fügen könnten. In demselben Sinne gaben die süddeutschen Genossen Dr. Franz und Hildebrand, die den gleichen Standpunkt wie Timm vertraten. Am Donnerstag wird die Diskussion beginnen, zu der über 90 Redner vorgemerkt sind. Danach kann es also ja noch recht interessant werden.

Deutschlands Reich.

Staatssekretär Dernburg. Staatssekretär Dernburg, der jetzt von seiner Africafreise zurückgekehrt ist, hat am

Mittwoch die Leitung des Reichs-Kolonialamtes wieder übernommen.

Der neue General-Landschaftsdirektor. Der General-Landschaftsdirektor, Wirklicher Geheimrat v. Staudy ist nach dem „Pöfener Tageblatt“ die nachgesuchte Entlassung mit Pension erteilt worden. An seine Stelle ist der Landrat von Klitting (Obornitz) zum Direktor der Pöfener Landschaft ernannt worden.

Die Veröffentlichung der neuen Steuerpläne. Dem Vernehmen nach soll der Wunsch nach Veröffentlichung der neuen Steuerpläne erfüllt werden. Die neuen Steuerpläne sollen, wenn auch nicht im Wortlaut, so doch in eingehender Darlegung der Dessenlichkeit unterbreitet werden, sobald die betreffenden Vorlagen an den Bundesrat gelangen. Man hofft, daß der Bundesrat mit diesem Vorgehen einverstanden sein werde.

Von der An siedelungskommission. Der Gesamtanlauf der An siedelungskommission im Kreise Obornitz beträgt nunmehr 469 000 Morgen, das sind 16,2 Prozent von der Gesamtfläche dieses Kreises. Von dem Gesamtanlauf entfallen auf den Großgrundbesitz 105 Prozent. Bis auf eine 6000 Morgen große noch zu besiedelnde Fläche ist das übrige Land an rund 6000 deutsche Bauernfamilien in 18 An siedelungsbörsen mit rund 4000 Seelen zur Vergebung gekommen. Dazu treten noch die in den Dörfern wohnenden deutschen Arbeiter. Der erste Anlauf in diesem Kreise wurde im Jahre 1887 bewirkt.

Angeliche Ausschreitungen von Soldaten der Schutztruppe. Wegen angeblich vorgekommenen Ausschreitungen der mit dem Dampfer „Bürgermeister“ zurückgekehrten Angehörigen der Schutztruppe für Südwestafrika ist sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet worden.

Prüfung von Oberrealschul-Abiturienten. Der Kultusminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß bei der Prüfung früherer Oberrealschul-Abiturienten der behufs Feststellung der für die Berechtigung in die Obersekunda eines Realgymnasiums erforderlichen Kenntnisse in der lateinischen Sprache eine schriftliche Uebersetzung aus dem Lateinischen ins Deutsche und der Nachweis der Kenntnisse der lateinischen Elementargrammatik etwa im Anschluß an die Cäsarlectüre in der mündlichen Prüfung für ausreichend zu erachten ist. Diese Grundzüge dürften auch auf die Prüfung der primarischen Oberrealschüler angewandt sein, die sich dem Hochschulberufe widmen wollen.

Die Reform der Arbeiterversicherung. Durch die Presse geht die Nachricht, die Gegenwürfe über die Zusammenlegung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung sollten noch in dieser Session an den Reichstag gelangen. Es wird gemeldet, daß die Regierung Wert darauf lege, die Beratungen über dieses wichtige und umfangreiche Gesetzgebungswert im Reichstag sobald wie möglich begonnen zu sehen, und daß, falls die Verhandlungen in dieser Session nicht zum Abschluß gebracht werden könnten, auf die Weiterführung der Kommissionsverhandlungen im Sommer bestanden werden solle, da der Regierung daran liege, die Hinterbliebenenversicherung, die einen Teil des Reformwertes bilde, zu dem im Zolltarifgesetz stipulierten Termin am 1. Januar 1910 unbedingt ins Leben treten zu lassen. Wir halten diese Mitteilung für mindestens verfrüht. Vor der Hand wird sich der Reichstag mit dem erheblich wichtigeren Werk der Reichsfinanzreform zu beschäftigen haben — von dessen Zubehörem kommen ja übrigens der weitere Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, u. a. die Pensionsversicherung der Privatbeamten abhängig —. Es dürfte schwerlich angebracht sein, dem Reichstag in derselben Session auch noch ein anderes, sogar weit umfangreicheres und vielleicht auch schwierigeres Werk als die Finanzreform vorzulegen. Auf eine rasche und „vertrauensvolle“ en bloc-Abnahme der Arbeiterversicherungsreform-Vorlagen, wie sie dem früheren Staatssekretär des Inneren vorschwebte, wird auf keinen Fall gerechnet werden dürfen. Bedauerlich ist es nur, daß die dringende nötige Reform des Krankenversicherungs-gesetzes mit dieser Reform immer weiter verschleppt wird.

Ausland.

Frankreich. Die Frage der Wehrpflicht in Algerien. Paris. Der Ministerpräsident hat ein Dekret erlassen, nach welchem die algerischen Behörden angewiesen werden, eine Rekrutenliste über alle weisungsfähigen Araber in Algerien aufzustellen als Vorbereitung zu einer allgemeinen Einführung der Wehrpflicht. Hierbei kam es in mehreren Ortschaften zu leidenschaftlichen Protestkundgebungen. Drei hervorragende Eingeborene befinden sich augenblicklich auf der Reise nach Paris unterwegs, um dort eine mit 10 000 Unterschriften bedeckte Petition zu überbringen, in welcher gegen die Einführung der Wehrpflicht in Algerien protestiert wird. Es wird ferner darin darauf hingewiesen, daß ein solches Vorgehen Frankreichs gegen den Vertrag